

MIETER HELFEN MIETERN

Frankfurt e.V.



An die
Lokalredaktion

Große Friedberger Straße 16-20
60313 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 28 35 48
Fax: (069) 29 63 30
post@mhm-ffm.de
www.mhm-ffm.de

26.10.2001

Privatisierungsbefürworter soll Geschäftsführer der städtischen Wohnungsbaugesellschaft werden!

MIETER HELFEN MIETERN fordert die verantwortlichen Parteien auf, die Bestimmung des jetzigen Stadtkämmerers Albrecht Glaser zum Geschäftsführer der ABG FRANKFURT HOLDING zu verhindern.

Gegen dessen Nominierung spricht neben den bisher diskutierten Gründen (warum Steuergelder für einen überflüssigen zweiten Geschäftsführer mit einem Jahresgehalt von DM 280.000,- verschwendet werden) in erster Linie die in der Vergangenheit gezeigte Haltung des jetzigen Kämmers gegenüber der Wohnungsgesellschaft: Er hat immer wieder mehr oder weniger offen versucht, eine Teilprivatisierung der ABG anzustoßen (siehe FR-Artikel v.08.09.99 anbei). Dabei bediente er sich einer unseriösen Taktik, indem er vor der Kommunalwahl jede Privatisierungsabsicht bestritt, bald darauf aber wieder zur Speerspitze der Kräfte wurde, die durchsetzten, dass im 88-Punkte Programm von Schwarz/Gelb/Grün die Teilprivatisierung vorbereitet wurde (unsere Presseerklärung v. 06.09.01).

Da Herr Glaser offenkundig für eine einflussreiche Lobby der Privatisierungsbefürworter agiert, wäre sein Einfluss auf die Wohnungsgesellschaft als Geschäftsführer überaus gefährlich. Dies hieße, „den Bock zum Gärtner machen“.

Und wie schnell sich die Geschäftsführung von der Kontrolle der Gesellschafter, also der Volksvertreter im Römer, lossagen könnte, hat der alte Geschäftsführer, Herr Junker, zur genüge bewiesen: „Wenn Wohnungen verkauft werden, entscheidet dies die Geschäftsführung. Die Stadt muss ich nicht fragen.“ Ein Gespann Junker/Glaser könnte die Mieter und die sozialen Schutzfunktionen leicht überrollen. Deshalb darf es dazu nicht kommen!

Wir fordern daher die Parteien auf, bei der Abstimmung über die Nominierung im Sinne einer sozial verantwortlichen Wohnungspolitik zu handeln. Der gegenüber dem privaten Wohnungsmarkt bereits übergroße Druck benötigt dringend den Ausgleich durch einen parlamentarisch kontrollierbaren und sozial strukturierten Wohnungsbestand. Die ABG hält noch 50.000 der Wohnungen in Frankfurt am Main.

Jürgen Lutz